Ressort: Technik

EU denkt über Meldepflicht für Hackerangriffe nach

Brüssel, 26.11.2012, 00:59 Uhr

GDN - Neelie Kroes, EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, will Unternehmen beim Schutz ihrer IT-Sicherheit stärker in die Pflicht nehmen - und schließt auch eine Meldepflicht für Hackerangriffe nicht aus. "Ich bin ein großer Befürworter von Selbstregulierung, aber in diesem Fall fürchte ich, dass wir damit nicht weiterkommen", sagte sie der "Süddeutschen Zeitung" (Montagsausgabe).

Noch in diesem Jahr will sie gemeinsam mit der Innenkommissarin Cecilia Malmström und der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton eine Strategie für europäische Cyber-Sicherheit vorlegen. Anschließend soll aus ihrem Haus ein Gesetzesentwurf zu der Frage folgen, was dies etwa für Internet-Anbieter oder die Betreiber von Rechenzentren bedeutet. Vor zwei Wochen hatte sich bereits Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dafür ausgesprochen, dass Firmen in Zukunft einer staatlichen Stelle Hackerangriffe melden müssen, sobald die öffentliche Ordnung in Gefahr ist. Er war damit auf Widerstand gestoßen. "Alleingänge bringen nichts", konterte etwa Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP). Man solle zunächst einmal die Vorgaben von europäischer Ebene abwarten. Nun macht Kroes klar, dass sie eine gesetzliche Verpflichtung für den besseren Weg hält.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3031/eu-denkt-ueber-meldepflicht-fuer-hackerangriffe-nach.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619